

Freitag, den 17. März 1927

Heraus zum 18. März!

Im Reichstag wird der brutale Raub der Erwerbslosen unter der Führung durch die Sozialdemokraten unter dem Deckmantel der Arbeiterkammer die vollständige Verelendung der Erwerbslosen bewirken wollen, um die Vermehrung und Verweilung einer Hilfsarmee der Arbeiter in den Betrieben für Lohnrückzahlung und Arbeitszeitverlängerung zu bekommen.

Der Reichstag hat dank der Hilfe der Schwarzrot-Weiß-Regierung dem Raubzug des Bürgerkammer-Netzwerks gegen die Arbeiter zugestimmt, eine neue Belastung für die breite Masse der Arbeiter durch die beschlossenen Mietssteigerungen angesetzt.

Was Herr Herr Stresemann aus dem Kreise der Imperialisten zurück, die die Einkreisung der Sowjetunion, die Vorbereitung des Angriffskrieges um einige weitere Schritte gefördert haben.

Die deutsche Klassenjustiz hat durch den Freispruch des Hauptmanns Bürgens die Geschichte ihrer Schande um ein ungeheuerliches Dokument bereichert.

Das sind die vier auffälligsten und entscheidendsten Taten am Vorabend des 18. März, an dem die Klassenkampf-Partei der Arbeiterklasse als die Partei der Freiheitlichen der Vergangenheit — das was für das Proletariat jederzeit in erster Linie ein Bekenntnis zur Fortführung jener Kämpfe, in denen die proletarischen Klassen gefallenen sind. In diesem Jahre, angesichts der verheerenden Angriffe der Ausbeuter auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen, angesichts der imperialistischen Kriegswirtschaft und der Bedrohung Sowjetrusslands, angesichts der neuesten schamlosesten Verrentungen der Klassen, muß der 18. März für das deutsche Proletariat vornehmlich im Zeichen seiner heutigen Kämpfe stehen.

Das umfassen haben die Vertreter der Erwerbslosen bei dem 18. März als einen Reichserwerbskongress zu begeben, der unter der Leitung des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter und der Arbeitslosen gegen die Anschläge der Bourgeoisie stehen soll. Aber dieser Kampf der Erwerbslosen ist keine Sonderangelegenheit eines Teiles der Werktätigen, sondern muß verbunden sein mit den übrigen brennenden Fragen des Kampfes der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter. Der Kampfschrei am 18. März muß sich auch im Zeichen des

Proletarismus der breiten Mietermassen vollziehen. Er muß zugleich den Willen der breiten Massen für eine vollständige Verbrüderung mit dem Lande der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaues, der Sowjetregierung, zum Ausdruck bringen. Und er muß auch Antwort geben auf jenen wortlosen Kypsel der proletarischen Klassenkämpfer hinter den Mauern der Zuchthäuser und Gefängnisse, deren stummes Helldemut uns mahnt: „Vergeßt uns nicht!“

In allen entscheidenden Fragen des proletarischen Klassenkampfes bewellen die sozialdemokratischen Führer täglich und stündlich ihre Verbundenheit mit den Feinden der Arbeiterklasse. SPD- und KPD-Führer haben dem Kapital kampflos die Erwerbslosenfürsorge zugunsten des Versicherungsschwinds preisgegeben. Nur die Kommunisten waren es, die die Massen zum Widerstand aufriefen. SPD-Minister sind es, die nach dem Eingeknis der sozialdemokratischen Presse selbst das Eingeknis des Bürgerkriegs-Raubzuges auf die Taschen der Arbeiter allein ermöglicht haben. Die gesamte sozialdemokratische Führerschaft trägt die Hauptverantwortung für jene Vorkämpfer, deren militärische Geheime-machungen in diesen Tagen öffentlich eingestanden wurden, während bisher die sozialdemokratische Presse alle kommunistischen Feststellungen in dieser Richtung zu leugnen versuchte. Die Schuld der sozialdemokratischen Führerschaft an dem Elend und den Leiden der deutschen Werktätigen ist riesengroß.

Aber geschieht diese sozialdemokratische Politik mit dem Willen der sozialdemokratischen Arbeitermassen? Es gibt kaum einen einzigen sozialdemokratischen Arbeiter, der mit der Politik seiner Führer einverstanden wäre. Im Gegenteil: der Widerstand der SPD-Arbeiter gegen ihre verräterische Führerschaft ist in dauerndem Wachen begriffen. Die gewaltigen Streikaktionen der sozialdemokratischen und parteiloser Arbeiter anlässlich des 11. Parteitages der KPD für die proletarische Einheitsfront und für die Kampflösungen der Kommunisten waren der beste Beweis für den Willen und für die Entschlossenheit der SPD-Arbeiter. Darum muß auch der 18. März von den sozialdemokratischen Arbeitern als ein Tag des revolutionären Aufmarsches gegen die Kapitalsofsen und alle Anschläge der Reaktion, im Zeichen der proletarischen Einheitsfront mit den Kommunisten begangen werden!

95. Bezirkstag in Pirna

Brutale Gewaltpolitik der Bürgerlichen. — Ablehnung und Herabsetzung von Darlehen für Straßen- und Wohnungsbau.

Wie nicht anders zu erwarten ist, legt sich das Bürgerliche in Pirna wieder keine Positionen, mit immer brutaleren Mitteln zur Wehr. Das zeigt auch die letzte Tagung der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Pirna. Die eine Stimme Mehrheit, über die die Bürgerlichen verfügten, wendete sie rücksichtslos an zur Fernhaltung der Kommunisten.

Die Wahl des Vorsitzenden wurde mit 14 Bürgerlichen gegen die Minderheit — 13 komm. Stimm. — für den Kandidaten des amtshauptmannschaftlichen Industriezweigs Gemeindevorstand A. D. Binneweg geistigt. Die Bürgerlichen prahlen mit ihrer Macht, drohen mit dem Abzug in den Sozialdemokraten — wie gegen ungelegene Schulden — und erklären durch den Mund des Herrn D. Binneweg, daß ihre Antwort die Ausschaltung der Sozialdemokraten sein wird, wenn sie, die Sozialdemokraten, ihrem Vertrauensmann Binneweg nicht zustimmen. So kam es nun, daß auch der stellvertr. Vorsitzende der Bürgerlichen Lager entnommen wurde. In beiden Fällen unterlag Ernst Heidenau (Soz.).

Die nächste Sache fand die Geschäftsordnung der Tagesordnung. Die bürgerlichen ließen hierzu weder Anträge zu noch kamen sie zur Abstimmung. Die von der kommunistischen Fraktion fristgemäß eingereichten Vorschläge wurden auf das Ende der Tagung verwiesen. Es wurde daher mit Recht festgestellt werden, daß der Bezirkstag keine Geschäftsordnung hat.

Ebenso ließ man die Beratung der Anträge auf Erweiterung des Bezirksausschusses von 9 auf 12 Mitglieder ohne auf Auflösung des Bezirksausschusses beim Punkt Wahl der Mitglieder in den Bezirksausschuss nicht zu. Wunsch wurde dieser Bezirksausschuss zusammengeleitet — Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten. Dem Herrn Dr. Steudtner entschloß bei der Gelegenheit die Bemerkung, daß sie, die Bürgerlichen,

mit den Vertretern der Sozialdemokratie eigentlich bisher sehr gut zusammengearbeitet haben und er verkünde nicht die Herren in ihrem heutigen Auftreten. Allerdings sei es so, daß noch weiter links die Kommunisten stehen und daß daher sich so

das Auftreten der SPD in Opposition durch den Druck der Kommunisten erklären lasse.

In den Kreisausschuss, in die Mitgliederversammlung des Verbandes der Soz. Bezirksverbände, als Rechnungsprüfer sowie Vertreter für den Direktor der Bezirksheime wurden jedesmal je ein Sozialdemokrat und ein Bürgerlicher gewählt. Bei diesen Abstimmungen erklärten sich die Kommunisten jeweils gegen die bürgerlichen Vorschläge und stimmten dementsprechend.

Zum Hauptausschuss des Bezirksfürsorgeverbandes wurden ebenso je 3 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche gewählt. Auch hier will man sich nicht in den Topf guten lassen — warum nicht?

Der Bezirksausschuss, der zu drei Fünftel bürgerlich ist, hat dem 18. März, hatte vorgeschlagen, 300 000 Mark für Wohnungszwecke darlehensweise aufzunehmen. Im Bezirkstag erklärten sich diese Bürgerlichen plötzlich dagegen. Gewisse Wähler betonte die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung für die zahllosen Erwerbslosen und warf den Bürgerlichen vor, daß sie so nicht die geringste Abnung davon haben, wie es dem erwerbslosen Arbeiter zuzumute ist. Genosse Schreier unterstrich das Gesagte und forderte, daß mindestens die Hälfte der Verzinsung und Tilgung des Darlehens vom Bezirk getragen werden muß. Dieser sei ja nämlich, wenn die Straßen 30 und 40 Jahre langhalten. Den Gemeindefiskus sei schon oft 4 Prozent Verzinsung zu viel. Alles heißt nichts. Die Bürgerlichen lehnten ab

und wollen sich die Sache bis zur Haushaltsplanberatung nochmals durch den Kopf gehen lassen. Die Erwerbslosen haben also das Nachsehen und können warten, bis das Jahr vorüber ist.

Keinlich fielen die Bürgerlichen von den Vorschlägen ihrer Ausschussmitglieder ab. Im Bezirksausschuss beschloß man, für den Wohnungsbau die Aufnahme von 2 Millionen zu empfehlen. Im Plenum wurde man abtrünnig, nur 1 Million konnte man hierfür erübrigen. Genosse Schreier machte in sarkastischer Weise darauf aufmerksam, daß die bürgerliche Fraktion im Gegensatz zur völligen Ablehnung wie beim Begebau halbiert hat. Die Antwort hierauf gehen jene beiden Baumstämme, die als bürgerliche Vertreter dem Bezirkstag angehören und Geschäftsrätschichten in der bürgerlichen Fraktion zur Hälfte durchgezogen haben. Weiter gingen unsere Genossen an das Wohnungsproblem heran vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung und zweitens vom Standpunkt der Erhellung möglichst ausreichender Räume in großer Zahl zu billigen Mieten. Eine Verzinsung zu 4 Prozent sei viel zu hoch und weder vom Stebler noch vom Land- und In-

duktarbeiter zu tragen. Bei 3000 Mark Darlehen pro Wohnung dürften höchstensfalls nur 3 Prozent, in der Regel 2 Prozent für Verzinsung und Tilgung getordert werden. Die überschüssigen 5 oder 6 Prozent, die das Geld teurer ist, müßten vom Bezirk aus den Mitteln der Mieter zinslos getragen werden.

Sozialdemokrat Schreier, Königlein, rebete den Bürgerlichen wie einem kranken Pferd gut zu. Aber der Gaul jag nicht mehr wie eine Million und ging auch nicht im Zinslos unter 4 Prozent herunter.

Zum Schluß wurden von der kommunistischen Fraktion verschiedene Anträge begründet. 1. sollte die Zahl der Bezirksausschussmitglieder von 9 auf 12 erhöht werden. Bereits vor Jahren zählte der Ausschuss 12 Vertreter. Die Kommunisten haben mehr als ein Drittel der Bewohner der Amtshauptmannschaft unter ihren Fahnen. Demgemäß gebührt der KPD mindestens ein Sitz im Bezirksausschuss. Mit 14 zu 13 Stimmen erfolgte die Ablehnung des Antrages.

Ebenso lehnten es die Bürgerlichen ab, die Bezirkstagswahl als ein öffentliches Wahlrennen für die Rechte zu buchen, und sich selbst aufzulösen. Genosse Schreier stellte hierzu fest, daß die demokratischen Prinzipien der Bürgerlichen nur soweit gelten, als das Geschäft nicht gefährdet und ihre Macht nicht geschwächt wird. Die Arbeiterklasse müßte daraus ihre Konsequenzen zu ziehen wissen.

Selbst ein Antrag, den Abgeordneten des Bezirksrates einen Ausweis auszuhandigen, der zum Besuch und zur Besichtigung der Einrichtungen und Kassen des Bezirksverbandes berechtigt, wurde dem Bezirksausschuss übertragen. Obwohl der Antrag von der kommunistischen Fraktion eingereicht war, wendeten sich unsere Vertreter dagegen, sich unter die Vormundschaft eines solchen Gremiums, in dem sie nicht vertreten sind, zu begeben.

Ebenso wurden alle Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung von den 14 abgelehnt. Die Minderheit, die den Kommunisten im Bezirkstag so wenig wie möglich Gelegenheit zum Auftreten zu geben. Man fürchtet uns und fühlt das Schwächen der Kraft. Um in Kürze werden wir werden für unsere Sache, für eine konsequente Arbeiterpolitik. Gemeindevorsteher, Genossen, besetzt den nächsten Bezirkstag! Seht mit reinen Augen die Doppeltätigkeit der demokratischen Repräsentanten. Verachtet euch Stoff für den Kampf im Gemeinderat gegen das Radikalvolk bürgerliche Gemeindepolitiker.

Erwerbslosen

Hilfsarbeiter Bauhaus! Heute abend 8 Uhr außerordentlich wichtige Versammlung.

Deutscher Bauernverband, Bezirk Pirna. Donnerstag, den 17. März, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im Kulturhausliche Angelegenheiten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden für alle arbeitenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes findet am Freitag, dem 18. März, nachmittags 9 Uhr, im Volkshaus, großer Saal, Ritzschbergstr. 2, eine Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Das kommende Arbeitslosenversicherungsgesetz; 2. Kasprache; 3. Verhältnisse. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß unsere arbeitenden Kollegen zeitlich erscheinen. Die Versammlungsbücher sind für diesen Tag nicht an die Kassenstellen gebunden. Es ist verbindlich, daß die Kontrolle bis nachmittags 8 Uhr in den in Frage kommenden Stellen erledigt sein muß.

Achtung kommunistische Genossenschaftler!

Am Sonnabend, dem 18. März, abends 7.30 Uhr findet im Brandenburger Hof, Dresden-N., Berliner Uferstr. 1, eine wichtige Genossenschaftsversammlung des Bezirks statt. Teilnehmern haben alle Genossenschaftler der UB sowie der Dresdener Stadtstelle, Arbeitsgeber und freien. Kaderkommissionen müssen bereiten sein alle Vertreter und Aufsichtsratsmitglieder der im Bezirk liegenden Konsumvereine. Alle Parteimitglieder, die sich für die Genossenschaftstags interessieren, sind dazu eingeladen. Bezirksteilung O. M. H. H.

Eins unserer modernsten Probleme ist die Förderung der Begabten



Unsere ganze Erziehung ist heute darauf ein, gefällig, die Tüchtigen herauszufinden, ihnen die volle Ausbildung ihrer geistigen Fähigkeiten zu gewährleisten und den Aufstieg zu ermöglichen. Die Resultate und Erfolge der Begabung zeigen sich auf allen Lebensgebieten. Im Reich der Zigarette spricht sich die Begabung darin aus, daß der damit Bevorzugte einen solchen Geschmack besitzt, daß es ihm ganz unmöglich ist, in seiner Wahl fehlerhaft zu sein.

Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 M

Wer diese edle und hochbäckmliche Marke raucht, liefert damit den strikten Beweis für den Höchstgrad seiner Begabung und seines feinen Geschmacks, die ihn auch in allen anderen Lebensverhältnissen erfolgreich sein lassen.